

STIMMEN AUS DEM GEMEINDERAT

Gemeinderat: Resolution zu Berufsverboten

Mehrheit stimmte für LI.PAR.Tie.-Antrag zur Forderung nach Rehabilitation

Fraktion im Gemeinderat
LI.PAR.TIE.

Der Gemeinderat der Stadt Mannheim hat sich auf Antrag der Fraktion LI.PAR.Tie. in einer an die Landesregierung gerichteten Resolution der Forderung nach Rehabilitation der Betroffenen des sogenannten Radikalerlasses angeschlossen. Die Resolution wurde in der Sitzung am 24. Oktober mit den Stimmen der LI.PAR.Tie., SPD und Grünen beschlossen.

Am 28. Januar 1972 wurde der „Radikalerlass“ von der Ministerpräsidentenkonferenz der Länder unter dem Titel „Grundsätze zur Frage verfassungsfeindlicher Kräfte im

Öffentlichen Dienst“ erlassen. In der Folgezeit wurden bundesweit rund 11.000 Berufsverbots- und 2.200 Disziplinarverfahren eingeleitet, offiziell 1.256 Bewerber*innen nicht eingestellt und 265 Beamt*innen entlassen.

In Baden-Württemberg wurde ab 1973 durch den nach dem damaligen Innenminister Karl Schiess (CDU) benannten „Schiess-Erlass“ mit besonderer Härte vorgegangen. Auf das Land entfielen 222 Nichteinstellungen und 66 Entlassungen. Auch für über 30 Betroffene in Mannheim hatte der Erlass schwerwiegende Folgen.

Die Berufsverbote wurden 1995 vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte als Unrecht verurteilt. 2021 hat eine Vielzahl von Persönlichkeiten aus Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Kultur einen



FOTO: DANDL / KOMMUNALINFO MANNHEIM (OBEN), DANIEL KUBIRSKI / LI.PAR.TIE. (UNTEN)

Aufruf unterzeichnet, den Erlass offiziell aufzuheben, die Folgen der Berufsverbote und ihre Auswirkungen auf die demokratische Kultur aufzuarbeiten, alle Betroffenen vollständig zu rehabilitieren und zu entschädigen.

Die Parlamente mehrerer Bundesländer haben Beschlüsse zur Aufarbeitung gefasst, gegenüber den Betroffenen Entschuldigungen ausgesprochen, Rehabilitation zugesagt und teilweise auch Entschädigungen angekündigt oder beraten zumindest darüber. Dagegen werden in Baden-Württemberg die Forderungen weiterhin abgelehnt. Ministerpräsident Kretschmann (Die Grünen) hat bei einem Gespräch mit Betroffenen laut Medienberichten daran erneut festgehalten.

Deshalb schließt sich der Gemeinderat in

seiner Resolution dem Aufruf von 2021 ausdrücklich an. Er fordert die Landesregierung und den Landtag auf, den Forderungen der Betroffenen nach Aufarbeitung, Entschuldigung sowie Rehabilitation nachzukommen und einen Entschädigungsfonds einzurichten, um insbesondere in Fällen von Altersarmut und drastischen Pensions- bzw. Rentenkürzungen die entstandenen Verluste auszugleichen.

Fraktion LI.PAR.Tie.
(DIE LINKE, Die PARTEI, Tierschutzpartei)
Rathaus E 5, 68159 Mannheim
1. OG, Zimmer 127
Tel. (0621) 293 9585
info@lipartie.de
www.lipartie.de

Die Freien Wähler - ML sind unzufrieden mit dem aktuellem Stand der kommunalen Wärmeplanung

Fraktion im Gemeinderat
FW - ML

Ein Zwischenstand der kommunalen Wärmeplanung wurde den Gemeinderäten vor kurzem in einer Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Technik vorgestellt. Gemessen an den Zielen einer Klimaneutralität 2030 und der Tatsache, dass Mannheim eines der größten Fernwärmenetze in Deutschland besitzt ist dieser nun vorgestellte Zwischenstand für die Freien Wähler - Mannheimer Liste enttäuschend.

Dazu Stadtrat Christopher Probst: „Wir

sind mit dem jetzigen Stand nicht zufrieden und enttäuscht von dem Entwurf. Er enthält keine signifikante Ausweitung und Vergrößerung des vorhandenen Netzes. Die Verwaltung bzw. MVV hat nur eine Nachverdichtung und Verfeinerung des bestehenden Netzes geplant. Eine Verbesserung ist lediglich für knapp ein Viertel der Bezirke vorgesehen. Dies ist eindeutig zu wenig, um die beschlossenen Klimaziele zu erreichen.“

Und der Fraktionsvorsitzende Holger Schmid ergänzt: „Wir sehen einen erheblichen Nachbesserungsbedarf beim Konzept und fordern eine gleichmäßigere Verteilung auf alle Stadtteile. In einzelnen Stadt-

bezirken würde nach derzeitiger Planung sogar eine Verschlechterung, z.B. in Seckenheim und 3 weiteren Bezirken eintreten, dies kann und darf nicht Ziel der kommunalen Wärmeplanung sein. Natürlich kann nicht das gesamte Stadtgebiet bis 2040 an das Fernwärmenetz angeschlossen werden. Aber mit diesem Ansatz ist ein Scheitern der Klimaneutralität 2030 vorgeplant.“

Stadträtin Christiane Fuchs erklärt dazu, dass nach bisheriger Planung in ¼ der Bezirke keine oder nur geringe Verbesserungen erfolgen sollen. Dies betrifft weite Teile des Nordens, also etwa Sandhofen, Blumenau oder die Gartenstadt sowie am östlichen

Rand beispielsweise Wallstadt, Neuostheim, Seckenheim oder Friedrichsfeld. Dort ist bislang kein relevanter Ausbau des Fernwärmenetzes vorgesehen, überwiegend aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen. Genuzt werden sollen dort zum Heizen lt. Verwaltung hauptsächlich Wärmepumpen oder andere Formen zur Wärmegewinnung aus der Umwelt. Ob dies eine Alternative darstellt ist fraglich.

Stadtrat Prof. Dr. Achim Weizel fasst zusammen: „Der Gemeinderat hat hier nach Meinung der Freien Wähler - ML eine Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung, nicht nur finanzielle Erwägungen der MVV in die Wärmeplanung einfließen zu lassen

sondern für eine ausgewogene Verteilung der Fernwärme zu sorgen. Insbesondere Flächen mit keinem oder geringem Fernwärmeanteil sind nach Meinung der ML bisher nicht ausreichend berücksichtigt.“

Ihre Meinung interessiert uns. Wir sind für Sie erreichbar unter der Rufnummer 0621 293-2502 oder per E-Mail an ML@mannheim.de

Rechtlicher Hinweis

Die Fraktionen, Gruppierungen und Einzelstadträtinnen bzw. Einzelstadträte übernehmen die inhaltliche Verantwortung für ihre Beiträge.

Planungen für Stadtbibliothek zügig abschließen

Finanzierung sicherstellen

Fraktion im Gemeinderat
SPD

Eine neue zeitgemäße Stadtbibliothek als multifunktionales Bildungshaus, das Angebote für alle Bevölkerungsschichten in allen Altersgruppen schafft, hat für uns höchste Priorität. In insgesamt sechs Gemeinderatsvorlagen im Zeitraum der letzten sieben Jahre wurden alle notwendigen Beschlüsse gefasst. Mehrheitlich hat

der Gemeinderat entschieden, dass die neue Stadtbibliothek in N 2 errichtet und dabei auch der Dalbergplatz deutlich aufgewertet werden soll. Aber die Planungen wurden bisher – aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar – nicht so abgeschlossen, dass die Voraussetzung für die Einplanung von Haushaltsmitteln gegeben ist.

Mit der Beschlussvorlage „Neubau Zentrale Stadtbibliothek N2“ im heutigen Bildungsausschuss ist damit endlich der nächste entscheidende Schritt getan. Diese sieht vor, dass unter dem geänderten aktuellen Kostenrahmen von

75,4 Mio. Euro, neben dem Neubau der Stadtbibliothek auch der Dahlbergplatz dahingehend aufgewertet wird, dass er für die Mannheimerinnen und Mannheimer zum Verweilen einlädt. Zudem werden im Sinne der Nachhaltigkeit bei der Gestaltung Begrünung, Verschattung, Abkühlung und Regenrückhaltung berücksichtigt. Der Neubau der Stadtbibliothek soll die Kinder-, Jugend- und Musikbibliothek sowie die Zentralbibliothek und das Stadtmedienzentrum vereinen, um ein modernes, zukunftsfähiges Bibliotheksangebot für alle Al-

tersgruppen zu schaffen.

Nach der Vorberatung wird über die Beschlussvorlage am 12.12. im Gemeinderat entschieden. Im nächsten Schritt erwarten wir dann den Maßnahmengenehmigungsbeschluss noch im 1. Halbjahr 2024, damit die Verwaltung dies bei der Aufstellung des Haushalts 2025 einplanen kann und die Umsetzung nicht weiter verzögert wird.

Haben Sie Anregungen oder Fragen? Mel- den Sie sich gerne per Email: spd@mannheim.de oder Telefon: 0621/293-2090.



Reinhold Götz, Fraktionsvorsitzender der SPD im Mannheimer Gemeinderat und Prof. Dr. Heidrun Deborah Kämper, Sprecherin für Bildung und Gesundheit der SPD im Mannheimer Gemeinderat.

Schützen, stärken, aufklären – Internationaler Tag zur Beseitigung von Gewalt an Frauen

Mehr Aufklärung und Schutz für Frauen und Mädchen

Fraktion im Gemeinderat
GRÜNE

Jedes Jahr wird am 25. November auf Diskriminierung und Gewalt jeder Art an Frauen und Mädchen aufmerksam gemacht – und das auch heute noch mit erschreckender Aktualität.

Gewalt an Frauen und Mädchen hat viele Gesichter. Sie kann körperliche, sexuelle, aber auch psychische Formen annehmen und tritt zudem in allen Lebensbereichen auf. Nicht nur im öffentlichen Raum müssen

viele Frauen mit Diskriminierung und Gewalt rechnen, oft sind sie nicht einmal in Partnerschaften oder zu Hause sicher.

Dabei wird diese Gewalt im privaten Raum immer noch zu häufig als „Beziehungsproblem“ oder „Privatangelegenheit“ abgetan. Angela Wendt, frauenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Fraktion, dazu:

„Gewalt gegen Frauen ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, das erschreckende Zahlen hervorbringt und auf keinen Fall verharmlost werden darf: Noch immer wird jede dritte Frau mindestens einmal in ihrem Leben Opfer physischer oder sexualisierter Gewalt, über 100 Frauen werden jährlich von ih-



Angela Wendt

ren Partnern oder Ex-Partnern ermordet.

Dieser Entwicklung müssen wir als Gesellschaft und als politische Akteur*innen entschieden entgegenzutreten und dafür sorgen, dass Betroffene schnell und unkompliziert Hilfe bekommen. Ebenso wichtig ist die Prävention von Gewalttaten durch Schutzmaßnahmen im öffentlichen Raum und durch eine breit aufgestellte Aufklärungsarbeit.

Wir als GRÜNE Fraktion sind uns dieser Situation bewusst. Wir haben u.a. schon im November 2021 die Aufstellung einer Roten Bank in Mannheim gefordert, wodurch wie in anderen Städten auf Gewalt an Frauen und Mädchen hingewiesen werden sollte. Wir

freuen uns sehr, dass der Verein „SiMA – Sicherheit in Mannheim e.V.“ nun angekündigt hat, dieses Projekt in Kooperation mit weiteren Partner*innen durchzuführen. An diesen Erfolg muss Mannheim in der Aufklärungsarbeit jetzt anknüpfen. Auch das Frauennacht-taxi haben wir auf den Weg gebracht und wir werden weiter mit all unseren Möglichkeiten gegen die Gewalt an Frauen vorgehen.“

Haben Sie Interesse an weiteren Informationen? Sie finden uns im Rathaus E 5, 68159 Mannheim und erreichen uns telefonisch unter 0621-293 9403, per Mail unter grue- ne@mannheim.de sowie im Internet unter www.gruene-fraktion-mannheim.de

Mannheim wird immer dreckiger

Bürger leiden unter Vermüllung

Fraktion im Gemeinderat
AFD

„Mannheim ist eine dreckige Stadt“ – diese Aussage hört man immer wieder von Besuchern der Stadt aber auch von den Mannheimern selbst. Beide haben leider Recht. Neben den achtlos weggeworfenen Müll an jeder Straßenecke kommt noch der illegal auf der Straße entsorgte Sperrmüll hinzu, der wiederum neue Müllablagerungen nach sich zieht. Schlimm sieht es auch im Umfeld der Altkleider-Container aus, die

aufgebrochen werden und ihr Inhalt durchwühlt und in der Gegend verteilt wird.

Das Problem der Vermüllung und Verwahrlosung im Stadtgebiet ist schon lange bekannt, aber die Zustände werden für die Bewohner immer unerträglicher. Die illegalen Müllablagerungen betreffen zwar das gesamte Stadtgebiet von Mannheim, sind aber in einzelnen Stadtteilen wie der westlichen Unterstadt in den Quadraten, der Neckarstadt-West oder in Waldhof-West besonders schlimm. Nach Beschwerden von Anwohnern wird der Müll von der Stadt regelmäßig entfernt, aber nach kurzer Zeit liegt wieder neuer Müll auf der

Straße.

Der Müll zieht natürlich auch Ratten an, viele Stadtteile leiden unter einer regelrechten Rattenplage. Schon seit Jahren beklagen die Anwohner zum Beispiel von Waldhof-West eine nicht mehr hinnehmbare Zuspitzung der Rattenplage, ohne dass sich etwas gebessert hat.

Eine Hauptursache für das Müllproblem ist das verantwortungslose und unsoziale Verhalten einzelner Einwohner der Stadt. Es gibt zum Beispiel „Problem-Häuser“, bei denen der Hausmüll nicht ordnungsgemäß entsorgt wird. Diese Häuser sind der Stadt längst bekannt, da diese von den Anwoh-

nern schon seit Jahren immer wieder gemeldet werden.

Hier muss die Stadt gegen einzelne Bewohner und Hausgemeinschaften vorgehen, die aufgrund ihres Fehlverhaltens für die Rattenplage mitverantwortlich sind. Nur mit Kontrollen und drastischen Strafen kann man das Müll-Problem in der Stadt in den Griff bekommen. Auch die Videoüberwachung einzelner Plätze darf kein Tabu sein. Selbstverständlich müssen auch die Straßen und Plätze noch intensiver und häufiger gereinigt werden.

Kontakt: Afd-Fraktion im Gemeinderat: afd@mannheim.de



Stadtrat Rüdiger Ernst (AfD)